

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Für die Amtshauptmannschaft Großdorn, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 156.

Donnerstag, 8. Juli 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Anzeigentext, Aufschlag, Nachverteilung und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis der Drucker, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. V. v. Teichgraber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Fleischversorgung in der Woche vom 5.—11. Juli 1920.

Auf die Fleischkarte Nr. 10 erhalten auf die Marken 1—10 bezw. 1—5: Personen über 6 Jahre bis 150 gr. Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbratlinge und 100 gr. amerikanisches Speck, Personen unter 6 Jahre bis 90 gr. Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbratlinge und 50 gr. amerikanisches Speck.

Der Preis beträgt bei:		
Mindestfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbratlinge	10.25 Mf.	für das Pfund.
Kalbfleisch	10.40 Mf.	
amerik. Speck	11.75 Mf.	

Großdorn, am 6. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

### Ausgabe der Spiritusmarken in Gröba.

Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags von 8.—11 Uhr werden im Gemeindevorstand, Zimmer Nr. 6, die Spiritusmarken für Kinder im Alter bis zu einem Jahr auszugeben und zwar nur für solche, die Bahnhofsstraße, Weidauer Straße, Waldhainstraße, Elbweg, Rauchhainstraße, An der Ueberlandstraße, Schloßstraße, Weststraße und Riesaer Straße wohnen.

Gröba (Elbe), am 7. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

Die machen die Industriellen, die Besitzer von Hausgrundstücken und die Wohnungsinhaber darauf aufmerksam, daß ab 1. Juli 1920 ein einheitlicher Wasserpreis von 1.20 Mark pro Kubikmeter festgesetzt ist. Dieser ist nach Maßgabe des Wertes einer Wohnung 18%, des Mietpreises fälschlich an Wasserzins abzuführen. Außerdem wird für den im Gartenland 8 Wg. Wasserzins gefordert werden, ebenso werden die Zuschläge für das Wasser für Kleingewerbliche Betriebe um das Doppelte erhöht. Die hohen Heizungskosten usw. zwingen zu einem starken Wasserverbrauch. Unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 20 Mark für jeden Uebertretungsfall verbieten wir das Bestehen der Gartenanlagen mit Leitungsmätern in der Zeit von vormittags 7 Uhr ab bis nachmittags 6 Uhr. Darnach dürfen Gemüsepflanze pp. mit Leitungswasser nur vor-

mittags vor 7 Uhr und nachmittags nach 6 Uhr begossen werden. Die Durchführung dieser angeordneten Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden. Die Durchführung dieser angeordneten Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden. Die Durchführung dieser angeordneten Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden.

Hierbei wird auch erneut das Öffnen von Wasserleitungshydranten von den dazu nicht befugten Personen und ohne ausdrückliche Genehmigung unsererseits verboten.

Gröba (Elbe), am 7. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

Die Besitzer von Hausgrundstücken werden hiermit aufgefordert, bis zum 15. Juli 1920 im Gemeindevorstand, Zimmer Nr. 4, die Höhe der von ihren Mietern am 1. Juli d. J. abgeforderten Mietzinsbeträge schriftlich oder mündlich anzuzeigen. Die Angaben werden zur Veranschaulichung der Hauslisten für die Einhebung des Wasserzins benötigt. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Angaben wahrheitsgetreu erfolgen müssen und behalten uns eine Nachprüfung derselben vor. Wer absichtlich falsche Angaben macht, hat Ansehung wegen Betrugs zu gewärtigen.

Gröba (Elbe), am 7. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Pferdefleischverkauf bei Herrn Albert Wehlhorn in Gröba

am Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags von 10—12 Uhr auf die Nummern 901—2000 der roten Ausweisarten.

Gröba (Elbe), am 8. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

Freitag, den 9. Juli 1920, abends 8 Uhr öffentliche Gemeindevorstandssitzung im Gasthof Seydewitz, Tauchaerstraße, Gröba.

Weidauer Straße, am 8. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

Freibriefmarken werden nächsten Freitag, den 9. Juli 1920, während der geordneten Dienststunden ausgeben. Etwa noch in Händen der Hauswirtschaftsvorstände befindliche Marken sind mit vorzulegen.

Weidauer Straße, am 8. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Holzversteigerung, Neudnitzer Staatsforstrevier

in Försting's Gasthaus auf dem Neudnitz, Mittwoch, d. 14. Juli, 11 Uhr: 4109 H. Klotz 10.81 cm, 774 H. Terbhagen 8.15 cm, 1286 H. Kristhangen 4.7 cm. Durchforschungen Abt. 22, 36, 74, 76, 77, Einzelhölzer Abt. 1—48.

Forstrevierverwaltung Neudnitz.

Forstrentamt Grimma.

### Die Verhandlungen in Spa.

#### Das Ultimatum Lloyd Georges.

Am 11. u. 8. Juli. Die förmlichen Verhandlungen der Konferenz von Spa hatten am Dienstag einen unerwarteten und für Deutschland nicht sehr ermutigenden Anfang genommen. Wie bekannt, hatte sich der Reichswehrminister Dr. Seeckt zunächst der deutschen Verhandlung nicht angeschlossen, anschließend mit Rücksicht auf seinen Standpunkt in der Frage der Verminderung unserer Wehrmacht, den er schon früher nicht offiziell dargelegt hatte. Er hatte darauf angedeutet, daß es ihm kaum möglich sein würde, in die von der Entente verlangte Herabminderung unserer Wehrmacht auf einen Bestand, der für den Schutz der Heimat nicht ausreichend sei, einzustimmen. Wollte, daß Dr. Seeckt die Verhandlungen in Spa durch die Darlegung dieses Standpunktes unangenehm zu beeinflussen suchte und daß er es deshalb vorzog, zu Hause zu bleiben. Dem machten aber die Alliierten einen Stich durch die Festsetzung, indem sie gerade für den Anfang der Sitzung die Verlesung ihrer Wehrmachtsforderungen verlangten. Die Rede des nach Spa berufenen Dr. Seeckt hat denn auch offenbar die von ihm erwartete Wirkung gehabt und es schien sogar einen Augenblick, als ob die Konferenz gleich am Anfang am 8. Juli abgebrochen würde. Lloyd George begnügte sich aber dann mit einer Art Ultimatum, indem er genaue Zahlen verlangte.

#### Dr. Simons über die Dienstag-Sitzung.

Minister Simons empfing vorgestern abend die deutschen Pressevertreter und berichtete ihnen über den Verlauf der Sitzung und seine Eindrücke. Und betonte, daß die Konferenz auf keinen Fall an dem sofortigen Willen der Deutschen scheitern würde. Diese würden bis zur Grenze des Entgegenkommens gehen, um zu erzielbaren Ergebnissen zu gelangen. Es scheint, daß Lloyd George keineswegs unversöhnlich ist, er hätte am Dienstag mindestens zweimal die Gelegenheit gehabt, die Konferenz zu beenden, hat sie aber nicht ausgenutzt. Auch der Belgier Delacroix ist auf die Geduld der französischen Delegation Dr. Simons bereitwillig eingegangen.

#### Die Sitzung am 7. Juli.

In Spa, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Im Beginn der heutigen Sitzung sprach Reichsminister Seeckt über sein Bedauern darüber aus, daß angesichts der Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage die Gegenparte nicht damit einverstanden sei, die militärischen Fragen im Zusammenhang zu betrachten. Er teilte jedoch mit, daß die deutschen Delegierten entschlossen seien, die Wünsche der Alliierten nach Fortsetzung bestimmter Vorschläge in der Entwaffnungsfrage zu erfüllen. Minister Simons wies darauf hin, daß Deutschland hoffen dürfe, auch seinerseits gewisse Erwartungen erfüllt zu sehen. Zunächst dürfe die Entwaffnungsfrage nicht im ganzen Reichsgebiet gleichzeitig vorgenommen werden. Sodann werde es notwendig sein, daß die Alliierten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Deutschland Unterstützung angedeihen lassen. Ferner begehe man auf deutscher Seite die Erwartung, daß der Verband der Bemühungen Deutschlands, den Waffenstillstand in den besetzten Gebieten zu unterbinden, unterstützen werde. General von Seeckt schloß hierauf an der Hand umfangreicher, handschriftlicher Materialien, dessen amtlichen Charakter er einer Frage Lloyd Georges gegenüber betonte, den gegenwärtigen Stand der Entwaffnungsfrage sowie der Fortsetzung des Materials. Er betonte, daß ein Beitritt von 10 Jahren notwendig sei und zwar so, daß vom 1. Oktober 1920 ab vierteljährlich 10.000, später vierteljährlich 20.000 Mann entlassen werden und in demselben Maße die Wehrstärke herabgesetzt werde. Gewisse Einrichtungen sollen mit den militärischen Sachverständigen auf der Gegenseite besonders beraten werden. Nach der Unterbrechung betonte Lloyd George in längerer Rede, daß den Forderungen der Alliierten nicht ein Widerspruch gegen die gegenwärtige deutsche Regierung entgegenstehe. Es habe jedoch eine Gefahr darin, die der deutschen Regierung

einen Schauer beibringen müßte, daß drei Millionen Gewehre und zahlreiches Material im Land zerstreut seien. Er würde jedenfalls einen solchen Zustand nicht drei Tage dulden. Die deutsche Regierung habe jetzt Gelegenheit, einen Beweis ihrer Macht zu liefern. Die Zeit von 14 Jahren lehnte Lloyd George ab und erklärte die übrige Zeit sei eine Verlängerung um drei Monate. In der morgigen Sitzung wird der Verband hierfür eine endgültige Antwort erteilen. Von der deutschen Regierung erwartete man jetzt, daß sie den Besitz von Waffen durch Geheh unter strenge Strafe stellt. Außenminister Simons erwiderte auf diese Rede des englischen Ministerpräsidenten. Er stimmte mit ihm darin überein, daß der gegenwärtige Zustand in Deutschland voller Gefahren sei. Inwiefern sei die deutsche Regierung durch den verlorenen Krieg und die Revolution in ihrer Macht beschränkt. Ueberdies sei es selbst der starken englischen Regierung bis in die letzte Zeit hinein nicht möglich gewesen, gewisse Entlassungen vorzunehmen. Simons schloß seine Ausführungen, indem er nochmals die Notwendigkeit einer längeren Frist für die Durchführung der geplanten Maßnahmen betonte. Die Sitzung wurde daraufhin auf morgen vertagt.

Der ganze Verlauf der heutigen Sitzung machte einen wesentlichen freundlichen Eindruck als die gestrige, wovon auch heute die Krise noch nicht ganz überwunden ist. Die deutsche Delegation hat jedenfalls einstimmig beschlossen, die Forderungen des Verbandes inwieweit zu erfüllen, als sie von den militärischen Stellen für durchführbar gehalten werden. In den Verhandlungen kam allerdings immer wieder der Vorbehalt zum Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage eine faktenmäßige Befreiung der Frist überhaupt nicht angängig erscheine.

#### Zur gestrigen Konferenz.

Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ meldet: Die gestrige Sitzung habe die Erwartung der Optimisten teilweise bestätigt. Es ist von deutscher Seite sofort mit Zahlen und bestimmten Vorschlägen begonnen worden. Nur Simons und Seeckt haben gesprochen. Seeckt hat den richtigen Ton angedeutet. Die Lebhaftigkeit der Besprechung hat der Sachlichkeit der Verhandlungen keinen Abbruch getan. Das vorgetragene Gutachten hat Klarheit geschaffen. Aus dem amtlichen Bericht geht hervor, daß durchaus in der Plenarsitzung der Punkt erreicht worden ist, um die ganze Angelegenheit zur Überweisung an eine Kommission von Sachverständigen reif zu machen. Diese Kommission sollte heutzutage abends zusammentreten. Dort werden Seeckt, Dr. Seeckt, Seeckt und andere Militärbevollmächtigte über nähere Einzelheiten bestimmen. Alle tatsächlichen Fragen sind ihnen jetzt vorbehalten. Bis heute mittags 12 Uhr muß ein gemeinsamer Vorschlag der Kommission der Plenarsitzung vorgelegt werden. — Ich habe den Eindruck, daß nunmehr die Verhandlungen auf ganzem Wege sind. Man erzählt mir, daß Lloyd George sich nach den Verhandlungen über sehr befriedigt erklärt hat. Es seien nun bestimmte Zahlen und Tatsachen genannt worden. Es liegen nun die gewünschten bestimmten Vorschläge vor. Vorigen habe ich nur Negatives gehört. Ich glaube jetzt, daß wir weiter kommen werden. Lloyd George war zu Beginn der Sitzung nicht mehr absolut eilig. Er kam als letzter und nicht beim Eintritt Simons und Delacroix gehend zu.

#### Der Unterschied zwischen Franzosen und Lloyd George.

Ueber die vorstehende Haltung der Franzosen und Lloyd Georges in Spa wird der Telegraphen-Union berichtet: Wesentlich ist die Haltung der Franzosen. Sie nehmen sozulange nur durch ihre körperliche Gegenwart an den Verhandlungen teil; sie schweigen vollkommen. Sie hören und lächeln und machen in keiner ganzen Dichtung den Eindruck, daß ihm diese Zurückhaltung schwer fällt. Aber in der Frage der den Deutschen stattdessen zu beschließenden Methode des Verbots muß in diesem gewissen Schwanken auch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Franzosen und Lloyd George bestehen. Der mit ein paar ungeduldrigen Worten soviel aus dem Dog heraus hat.

#### Reaktionen in London.

Witterand empfing gestern nachmittags die amerikanischen Journalisten. Er hat in seinem Gespräch mit ihnen ausgedrückt, daß er die Bedeutung der Verhandlungen nicht in der Frage sehe, ob die Deutschen nachgeben oder nicht, sondern darin, daß die Einigkeit zwischen den Alliierten ihre Probe abzugeben haben. — Bei einer Unterhaltung mit französischen Journalisten hat Witterand auch eine Charakteristik der deutschen Telegrammen gegeben. Er schildert den Reichswehrminister als einen Mann von gutem Willen, den Außenminister einen sehr gewickelten Diplomaten; Fehrenbach mache den Eindruck eines guten Sachverwalters, der bei Gelegenheit seine Verärgerung zum Vorschein bringe.

#### Verlesung der Konferenz?

In Ententeferien verläutet, daß im Hinblick auf die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Chiende verlegt werden soll. Inzwischen werden die Kommissionen verhandeln. Die Idee wird Witterand zugeschrieben; Stora soll ihn unterstützen.

#### Einziehung weiterer Sachverständiger.

Zur Teilnahme an den Beratungen über die Abfertigung, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren dringend nach Spa gebeten worden: Hugo Zimmes, Geh. Rat Hilger, Geh. Rat Arnold, Herr Viehlein, Herr Die, der Reichsstatistikkommissionar Generaldirektor Rönneker.

Als Vertreter der Sicherheitspolizei beabsichtigt der preussische Minister des Innern Terentius nach Spa. Den dortigen fremden Diplomaten soll es ausfallen sein, daß die Sicherheitspolizei über die bei den Verhandlungen zusammen mit der Reichswehr gesprochen werden soll, in der deutschen Delegation bis jetzt nicht vertreten ist.

#### Keine Einigung über die Verteilung.

Der Berichterstatter des „Temps“ in Spa bestätigt, was man fast schon vermutete. Er bezeichnet es als unrichtig, daß die Einigung über die Verteilung der deutschen Zahlungen schon erzielt sei. Belgien war am 24. Juni 1919 ein Vorkaufsrecht über 2% Milliarden Goldfrancs auf die deutschen Zahlungen vorbehalten worden, um es zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages zu bewegen. Jetzt soll dieses Vorrecht beschränkt werden. Ferner stellen die Italiener mehr Forderungen. Der französische Finanzminister war von den Verhandlungen nach Paris gekommen und brachte gestern nach Spa zurück.

Wie verlautet, hat Lloyd George der belgischen Regierung einen neuen Vorschlag mit Bezug auf den Anteil Belgiens an der deutschen Entschädigungsumme unterbreitet, der aber bei der belgischen Regierung Unruhe hervorgerufen haben soll. Belgien soll als Gegenleistung für die Erhöhung seines prozentualen Anteils auf 8%, ganz oder teilweise auf seinen Anteil an den ersten von Deutschland zu zahlenden 2% Milliarden Francs verzichten. Der Vorschlag Lloyd Georges wird damit gerechtfertigt, daß eine Sicherheit für die zu schaffende internationale Anleihe geschaffen werden müsse.

Unter den Bedingungen, die die Italiener für die Annahme der 10% igen Kriegsschadigung stellen, befindet sich auch eine über die Verringerung des Abkommens über die Bergwerke von Peraklea und ein Abkommen mit England betreffend die Schuldentilgung an England zugunsten Italiens.

#### Zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Der Deutsche Staatsbund teilt mit: Zahlreiche stimmberedigte Ost- und Westpreußen im Reichstagen sind trotz dringlicher Mahnungen noch immer nicht in den Besitz der Abstimmungsunterlagen gelangt, die in den Delegationsorten von deutsch-polnischen Abstimmungskommissionen — und nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, vom Deutschen Staatsbund — ausgestellt werden. In diesen Fällen ist festgestellt, daß gerade diejenigen Kommissionen mit der Aufstellung der Ausweise noch immer im Rückstande sind, deren Vorsitzender ein Pole ist. Andererseits ist einwandfrei festgestellt, daß aus den gleichen Orten





